Saar-Zeitung

Organ der Zentrums-Partei für das Saargau

DESPICAT ATQUE FLOREAT 1872

Tage- und Anzeigenblatt für Handel und Gewerbe

Erscheint 6 mal wöchentlich. Geschäftsstelle: Saarlouis, Kl. Markt 1
Telegramm-Adresse: Saar-Zeitung
Postscheckkonto 5020 Ludwigshafen

Monatlicher Bezugspreis: Durch Agenten und Post Frk. 11.00.
Zeilenpreis: Die kleinspaltige 45 mm-Zeile 0.45 Frk., Deutschland 10 Rpf. Amtliche Anzeigen 50 Rpf.

Nummer 292 — Mittwoch, den 17. Dezember 1930 — 59. Jahrgang

Preußischer Landtag.

Etatrede des preuß. Finanzministers.

Stürmische Debatte.

Berlin, 16. Dez. Der preußische Landtag führte heute über den beschleunigten Mitteilungsantrag gegen den Misstrauensantrag Braun und den Zusammenhang Severing eine stürmische Debatte, endlich bei Mentzer-Fischer durch und nahm die Etatrede des Finanzministers entgegen. Hierfür der Mittwoch-Donnerstag wird der Beginn sein.

Die Finanzlage.

Berlin, 16. Dez. Im Landtag leitete Finanzminister Dr. Schäffer den Etat mit einer längeren Rede ein in der er u. a. ausführte: Wir hatten in den letzten Jahren einen langsamen, aber sicheren Wiederaufstieg der Wirtschaft zu verzeichnen. Die ersten beschleunigten Auswirkungen der Weltwirtschaftlichen Krise sind nun aber durch die politische Vertrauenskrisis vernichtet worden. Die Verschärfung der Reparationen bei den letzten Reichsregierungen und damit die Verschärfung dieser, die zu keiner wesentlichen Milderung beitrug sind, hat alles wieder zerstörgen. Nach der Reichstagswahl ist ein vorläufiger Kompromisvorschlag eingetreten. Der Plan der Zahlungsaufschub liegt jetzt 18 Monate vorne dem Vorsitzer. Der landwirtschaftliche Notstand ist und die Wirtschaftshilfe bekannt. Die Zunahme an Kapitalmarkt sind unerfreulicherweise hoch. Wir unterschätzen nicht die ernste ernsthaftmäßig günstiges Bild. Aber die Aktivität der Handelsbilanz wird aufgewogen durch den katastrophalen Dienstbedarf, den wir für Reparationen und Besatzungen aufzubringen Schulden haben, und der allein monatlich 240 Mill. RM. erfordert.

Es ist sehr notwendig, einmal den Versuch zu unternehmen, die verschiedenen Maßnahmen der letzten Reichstagssession auf die deutschen Finanzen und die deutsche Wirtschaft zahlenmäßig zu ermitteln. Durch Kapitalflucht und Zinsrückzahlung ausländischer Kredite seit dem 14. September 1930 werden uns allein im Oktober 1.6 Milliarden entzogen. Zur Flucht des Kapitals und der Zurückzahlung des ausländischen Kredits gesellt sich die Flucht in den „Sachwert".

Weiter gelahr sich und der letzten Reichstagswahl ein **starker Rückgang der Kurse für festverzinsliche Papiere**, Pfandbriefe, Hypotheken-Pfandbriefe, z. B. hat er Ende Juli noch einen Kurs von 88,89 Prozent, Ende September waren es nur noch 86,6, Ende Oktober nur noch 85,2 Prozent. Auf diesem Wege verlieren wir eine Milliarde an preußischen Staatsfinanzen zu zählen. Die Entwicklung des Jahres 1930 gehe zur ernsten Sorge Anlaß. Die **Einnahmen aus den preußischen Steuern** und aus den Vorbemerkungen seien ebenso wie die Reichsüberweisungen zurückgegangen. Es werde deshalb im Jahre 1930 einen **weiteren Rückgang geben**, der nur durch erhöhte Sparsamkeit abgedeckt sei. Ein Gesamtumsatz Hoge auch darin, daß es seit den Jahre 1928 nicht möglich gewesen sei, langfristige Anleihen unterzubringen.

Der Minister gab dann einen eingehenden Ueberblick über den Stand des Haushalts 1930 und des Haushaltsplanes, der bekanntlich gegenüber dem Vorjahr mit einem Mehrgegen von rund 395 Millionen abschließt. Die Verhandlungen, die in Verhandlungen über die Reichsregierungen erteilten Ermächtigung durch eine Verordnung der Staatsregierung verfasst worden ist, und die Kürzung der Ministergehälter und Abgeordnetenbezüge habe eine Ersparnis von 0,4 Millionen Reichsmark zur Folge.

Wenn nicht im kommenden Jahre eine lokatrapide Besserung der wirtschaftlichen Lage eintrete, werde sich besonders Schwierigkeiten im preußischen Haushalt nicht zu ziehen lässt. Nach ausführlicher Darlegung des Finanz- und Wirtschaftsplanes der Reichsregierung beschäftigte sich der Redner mit der Frage der **Gemeindefinanzen** und bezeichnete es als traglich, ob die Gemeinden auf die Dauer mit den Lasten tragen würden. Im Anschluß die gesetzgeben Wohlfahrtsausgaben auf ihnen abzuladen.

Nach der Erklärung des Ministers vertagte sich das Haus auf Mittwoch 12 Uhr.

Republik oder Monarchie?

Ernste Lage in Spanien.

Eine Mitteilung der spanischen Regierung.

Madrid, 16. Dez. Das Ministerium des Innern gibt folgende Mitteilung über die Lage aus: Die Regierung notiert hält normale Verhältnisse mit den Provinzregierungen. In San Sebastian versuchte eine Gruppe von Arbeitern das Regierungsgebäude zu Bürgermeister zu gelangen, gestoßt und fand verletzt wurden. Auch anderen Angriffe wurden verletzt. In Santander versuchte eine Gruppe von Zivilisten die Kaserne zu stürmen, der Angriff wurde durch den Truppen zurückgeschlagen, wobei drei Angreifer getötet wurden. In anderen Städten zahlreiche Versuche wurden von den Gewerkschaft zu organisieren, wenn jedoch vereitelt gelang. Die **Bewegung ist ohne revolutionäre kommunistischen Charakter und wird von Leuten der Agitatoren geleitet**. Wieder das Volk und die Armee kämpfen den tapfersten Angriffen und Verfolgungen von der Revolutionäre Gruppe. Die Ordnung ist in ganz Spanien aufrechterhalten, und die Regierung hofft auf die Hilfe der Gesetzlichen Vertretung, damit sie den aufrührischen und subversiven Bewegungen noch heute ein Ende machen kann.

Ministerrat.

Paris, 16. Dez. Die Madrider Regierung hat, wie Havas berichtet, mit Barcelona, Santander, Burgos und Malaga in Verbindung treten und telefonisch können, doch auch hier Ruhe herrscht. **Die Minister waren zur Erörterung der Lage zu einer Beratung zusammengetreten.** Der Ministerpräsident teilnahm die bevorstehende Beschlussfassung eines amtlichen Berichtes über die Vorgänge auf den Balearen. Flugzeuge an und sollte mehr mit, daß einer der 18 Flieger wegen Waffenfunden bei Kasernen habe abgetreten müssen, jedoch bald wieder seinen Flug fortsetzen konnte. Aber den Flüchtigen werde auch der Abjutant der Generals Blasco Ibanez, Martin Sifter, gehören. Im übrigen bestätigt die spanische Botschaft in Pariser seiner Regierung das Einsetzen der höchsten Offiziere auf portugiesischem Gebiet und ihre Bemühungen, das die portugiesische Polizei.

Die Aufständischen verwerfen die Monarchie.

Paris, 16. Dez. Der Korrespondent der Havas-Agentur in Madrid hat mit dem Führer der „Revolutionären Aufständischen, General de Lima, ein Unterredung gehabt. Der Führer erklärte, die Bewegung **verwerfe das Kommunismus Gelen** für das Schreiben der Revolutionäre unmöglich. Er habe unlängst gehandelt, er habe Elements entfernt, die nicht der gleichen Ideen. Außerdem habe Gelen die Ereignisse überstürzen wollen. Aber die Zahl der revolutionären Bewegung bedeutet erfüllte die Lima: Wir wollen die Republik und die Auflösung einer neuen verfassungsmäßigen Ordnung. Unserer Bewegung **noch heute das Feuer der Revolution in Kasernen zu bleiben.** Das Heer ist ein Verteidigungsorgan des Vaterlandes und nicht ein Regierungsinstrument. Wir möchten die Reformvorschläge an Zivilverbänden abgeben wir es, weil ihre Ideen teilen können. **Da die Monarchie die höchste Stütze der Diktatur war, wenden wir uns der Republik zu und haben keine Feindseligkeiten.** Spanien leidet unter dem Werk Primo de Riveras und Berengaries, die von der Regierung die Persönlichkeiten ausgeschlossen haben, die

(Fortsetzung siehe Seite 2.)

Preußischer Landtag.

Etatrede des preuß. Finanzministers.

Stürmische Debatte.

Berlin, 16. Dez. Der preußische Landtag führte heute über den beschleunigten Mitteilungsantrag gegen den Misstrauensantrag Braun und den Zusammenhang Severing eine stürmische Debatte, endlich bei Mentzer-Fischer durch und nahm die Etatrede des Finanzministers entgegen. Hierfür der Mittwoch-Donnerstag wird der Beginn sein.

Die Finanzlage.

Berlin, 16. Dez. Im Landtag leitete Finanzminister Dr. Schäffer den Etat mit einer längeren Rede ein in der er u. a. ausführte: Wir hatten in den letzten Jahren einen langsamen, aber sicheren Wiederaufstieg der Wirtschaft zu verzeichnen. Die ersten beschleunigten Auswirkungen der Weltwirtschaftlichen Krise sind nun aber durch die politische Vertrauenskrisis vernichtet worden. Die Verschärfung der Reparationen bei den letzten Reichsregierungen und damit die Verschärfung dieser, die zu keiner wesentlichen Milderung beitrug sind, hat alles wieder zerstörgen. Nach der Reichstagswahl ist ein vorläufiger Kompromissvorschlag eingetreten. Der Plan der Zahlungsaufschub liegt jetzt 18 Monaten vorne dem Vorsitzer. Der landwirtschaftliche Notstand ist und die Wirtschaftshilfe bekannt. Die Zunahme an Kapitalmarkt sind unerfreulicherweise hoch. Wir unterschätzen nicht die ernste ernsthaftmäßig günstiges Bild. Aber die Aktivität der Handelsbilanz wird aufgewogen durch den katastrophalen Dienstbedarf, den wir für Reparationen und Besatzungen aufzubringen Schulden haben, und der allein monatlich 240 Mill. RM. erfordert.

Es ist sehr notwendig, einmal den Versuch zu unternehmen, die verschiedenen Maßnahmen der letzten Reichstagssession auf die deutschen Finanzen und die deutsche Wirtschaft zahlenmäßig zu ermitteln. Durch Kapitalflucht und Zinsrückzahlung ausländischer Kredite seit dem 14. September 1930 werden uns allein im Oktober 1.6 Milliarden entzogen. Zur Flucht des Kapitals und der Zurückzahlung des ausländischen Kredits gesellt sich die Flucht in den „Sachwert".

Weiter gelahr sich und der letzten Reichstagswahl ein **starker Rückgang der Kurse für festverzinsliche Papiere**, Pfandbriefe, Hypotheken-Pfandbriefe, z. B. hat er Ende Juli noch einen Kurs von 88,89 Prozent, Ende September waren es nur noch 86,6, Ende Oktober nur noch 85,2 Prozent. Auf diesem Wege verlieren wir eine Milliarde an preußischen Staatsfinanzen zu zählen. Die Entwicklung des Jahres 1930 gehe zu ernster Sorge Anlaß. Die **Einnahmen aus den preußischen Steuern** und aus den Vorbemerkungen seien ebenso wie die Reichsüberweisungen zurückgegangen. Es werde deshalb im Jahre 1930 einen **weiteren Rückgang geben**, der nur durch erhöhte Sparsamkeit abgedeckt sei. Ein Gesamtumsatz Hoge auch darin, daß es seit den Jahre 1928 nicht möglich gewesen sei, langfristige Anleihen unterzubringen.

Der Minister gab dann einen eingehenden Ueberblick über den Stand des Haushalts 1930 und des Haushaltsplanes, der bekanntlich gegenüber dem Vorjahr mit einem Mehrgegen von rund 395 Millionen abschließt. Die Verhandlungen, die in Verhandlungen über die Reichsregierungen erteilten Ermächtigung durch eine Verordnung der Staatsregierung verfasst worden ist, und die Kürzung der Ministergehälter und Abgeordnetenbezüge habe eine Ersparnis von 0,4 Millionen Reichsmark zur Folge.

Wenn nicht im kommenden Jahre eine lokatrapide Besserung der wirtschaftlichen Lage eintrete, werde sich besonders Schwierigkeiten im preußischen Haushalt nicht zu ziehen lässt. Nach ausführlicher Darlegung des Finanz- und Wirtschaftsplanes der Reichsregierung beschäftigte sich der Redner mit der Frage der **Gemeindefinanzen** und bezeichnete es als traglich, ob die Gemeinden auf die Dauer mit den Lasten tragen würden. Im Anschluß die gesetzgeben Wohlfahrtsausgaben auf ihnen abzuladen.

Nach der Erklärung des Ministers vertagte sich das Haus auf Mittwoch 12 Uhr.

Die Internationale der Gottlosen.

Vor kurzem wurde berichtet, die **Internationale der Gottlosen** beabsichtige, ihren Sitz von Moskau nach Berlin zu verlegen. Die Reichsregierung ist in einer Interpellation gefragt worden, was sie gegen diesen unerwünschten Zuzug zu tun gedenke. Eine Antwort ist bisher noch nicht gegeben worden, wahrscheinlich auch deshalb noch nicht, weil man in Deutschland Klarheit über die Ziele der russischen Gottlosen bisher nicht gewinnen konnte. Man nahm zwar, daß der russische Verband der Gottlosen eine zährige antireligiöse und antikirchliche Propaganda entfaltet, aber eine kommunistische „Internationale der Gottlosen" hat es bis vor kurzem nicht gegeben, schreibt die K. B. Wohl hat der russische Verband von jeher die Tätigkeit der Gottlosen, ihre Propaganda auch auf andere Länder, vor allem auf Deutschland, ausgedehnt. Er hat alle Anstrengungen gemacht, durch Ausstellungen, zum Besuch der Moskauer Zentrale und in zwanzige Erinnerung ist, Wettbewerbsvorträge, Fahnenübergaben und Deutungsreisen in möglichst enge Verbindung zu den deutschen kommunistischen Freidenkerorganisationen zu kommen.

Die Bemühungen der Russen, die kommunistischen Freidenkerverbände in einer Internationale organisatorisch zusammenzuschließen, haben aber erst nach dem vierten Weltkongreß der internationalen proletarischen Freidenker vom 15. bis 17. November 1930 in Wuppertal gelegt hat, zu einem gewissen Erfolg geführt. Auf diesem Kongreß hat sich die organisierte kommunistische Opposition aus der Internationale proletarischer Freidenker abgespalten. Der eigentliche Beschluß, eine „Internationale kämpferischer Gottlose" zu gründen, ist allerdings nicht gefasst worden, der soll zu gleicher Zeit unter Führung der Delegierten der russischen Gottlosen und unter Beteiligung der Delegierten der kommunistischen Freidenkerorganisationen Deutschlands, Polens, Frankreichs, der Tschechoslowakei, Schweiz, Belgiens und der Tschechoslowakei in Tschechien stattgefunden hat. Ueber die Ziele und Aufgaben der neuen kommunistischen Freidenkerorganisation wird gesagt, es heißt dies vom „Kämpferischen Gottlosen anzunimmt Manifest an die proletarischen Freidenker der ganzen Welt wie folgt:

„Die internationale proletarischer Freidenker entkleidet der kommunistischen Internationale und der Partei Gewerkschaftsinternationale ihre kämpferische und erklärt feierlich, daß die internationale Freidenkerbewegung sich als einen Teil der revolutionären Arbeiterbewegung in der ganzen Welt betrachtet und alle Kraft daran legen wird, um in dem auf die klassenbewusste Freidenker entfaltenden Brandschreiben des Klassenkampfes mit Gottesdienstlichkeit und Religion, getreu den Lehren von Marx, Engels und Lenin, jene grundlegende Tatsachen herbeizuführen, die die Wirklichkeit aus kapitalistischen Lebensbeschränkt erzeugt, die Verwerfung des kapitalistischen Produktionsprozesses besitzt, die kontinuierliche Wiederverbreitung abschafft und eine sozialistische Wirtschaft und Gesellschaft errichtet, in der die tiefsten Wurzeln des religiösen Aberglaubens ausgerottet sind und die Wirklichkeit vom Opium der Religion befreit wird."

Die „Internationale kämpfender Gottlose" ist also genau sich jungen Datums. Mit der Wahrheit, daß sie ihren Sitz nach Berlin zu verlegen plant, dürfte zu rechnen sein, die zum Gewerkschaftsrat der neuen Internationale ein Deutscher, der gewählt ist, ein Mann aus der Leitung der kommunistischen Freidenkerverbände, bestimmt worden ist. Dazu kommt, daß die deutschen kommunistischen Freidenkerorganisationen („Kerbund" und „Freidenkerverbände", „Proletarische Freidenker-Gemeinschaft", „Kampfgemeinschaft proletarischer Freidenker" und „Opposition im Deutschen Freidenkerverband") schon jetzt den russischen Kommunisten der Gottlosen die höchste Möglichkeit einräumen helfen und die Abspaltung der kommunistischen Freidenker von der Internationale proletarischer Freidenker und der Zusammenschluß der kommunistischen Freidenker in der Internationale kämpfender Gottlose zu einer Tatsache auf das Betreiben der deutschen kommunistischen Freidenkerorganisationen ist.

Die Tatsache, daß der Internationale kämpfender Gottlose ist zu erwarten, daß die antireligiöse und antikirchliche Propaganda der Kommunisten zunehmen wird. Zweifelsfrei, der Führer des russischen Verbandes von Gottlosen, hat unlängst in der Prawda darauf hingewiesen, daß die antireligiöse Propaganda nicht nur in Sowjetrußland verstärkt, sondern auch noch außerhalb getragen werden müsse, und daß die kommunistischen Parteien außerhalb Rußlands den Kampf gegen Religion, Gott und Kirche stärkere Aufmerksamkeit zuwenden müssen. Das Ziel der kommunistischen Gottlosen ist damit klar. Ebenso aber auch die Reinwerbbarkeit der